Sanktionen der Vereinigten Staaten und Europas und ihre Reichweite

Dr Alexander Ressos, TEP
Attorney-at-Law (Switzerland and Germany),
Solicitor (England & Wales and Hong Kong)
Of Counsel, KGP Legal LLC
alexander.ressos@kgplegal.com.sg
www.ressos.com.sg

Singapurs Lehre zu einseitigen Sanktionen

Die offizielle Position ist eindeutig. Singapore Customs erklärt, dass Singapur die einseitigen Sanktionen anderer Länder nicht durchsetzt, und fügt hinzu, dass Parteien in Singapur dennoch von ihnen betroffen sein können.[1] Dieselbe Seite verweist Händler auf die Listen Japans, der Europäischen Union, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, darunter die Entity List des Bureau of Industry and Security und die Liste der Specially Designated Nationals des Office of Foreign Assets Control. Der Verweis trägt einer wirtschaftlichen Realität Rechnung. Eine singapurische Gesellschaft, die diese Listen missachtet, verstößt womöglich gegen kein singapurisches Gesetz und verliert trotzdem ihre Bank, ihren Versicherer und ihre Kunden.

Diese Lehre hat eine lange Geschichte. Im Juni 2012, als die Vereinigten Staaten entschieden, welche Länder Ausnahmen von ihren Sanktionen gegen Käufe iranischen Öls erhalten sollten, bestätigte das Außenministerium, Singapur

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

„enforces only UN Security Council sanctions“. Es fügte hinzu, singapurische Unternehmen und Finanzinstitute berücksichtigten die Auswirkungen einseitiger Sanktionen, und die Monetary Authority habe die Banken aufgefordert, ihre Sorgfaltsprüfung bei Iran-bezogenen Transaktionen zu verstärken.[2] Die Antwort ist seither dieselbe geblieben. Als die Vereinigten Staaten ihre Iran-Sanktionen am 6. August und 4. November 2018 in zwei Tranchen wieder in Kraft setzten, warnten singapurische Anwälte, singapurische Unternehmen könnten von deren extraterritorialer Anwendung getroffen werden, obwohl Singapur selbst nichts geändert hatte.[3]

Primär- und Sekundärsanktionen der Vereinigten Staaten

Amerikanische Sanktionen wirken auf zwei Wegen. Primärsanktionen binden US-Personen und Transaktionen mit Bezug zu den Vereinigten Staaten, wozu auch Dollarzahlungen gehören, die über amerikanische Banken abgewickelt werden. Der in Teil G untersuchte Handel mit Öl, Metallen und Agrarprodukten wird ganz überwiegend in Dollar bepreist und abgerechnet. Primärsanktionen erreichen daher über die Zahlungen den größten Teil des singapurischen Rohstoffgeschäfts. Sekundärsanktionen gehen weiter. Sie drohen nichtamerikanischen Personen mit einer Listung oder dem Verlust des Zugangs zum amerikanischen Finanzsystem, wenn sie mit Zielen handeln, die Washington gelistet hat, selbst wenn weder eine amerikanische Person noch ein Dollar beteiligt ist.

Das Russland-Programm erhielt im Dezember 2023 ein wirkungsvolles sekundäres Instrument. Die Executive Order 14114 vom 22. Dezember 2023 ermächtigte zu Sanktionen gegen ausländische Finanzinstitute, die bedeutende Transaktionen ermöglichen oder Dienstleistungen erbringen, an denen die militärisch-industrielle Basis Russlands beteiligt ist. Finanzministerin Janet Yellen warnte, eine solche Unterstützung „may expose them to U.S. sanctions“.[4] Für Singapurs Banken veränderte die Anordnung die Rechnung. Eine Bank, die jede singapurische Notice einhielt, konnte dennoch ihre Dollar-Korrespondenzkonten verlieren, wenn sie Zahlungen für russische Rüstungslieferanten abwickelte, die über Drittstaaten

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

geleitet wurden. Die kluge Antwort bestand darin, amerikanische Listungen als Beschränkung des Geschäfts zu behandeln, gleich welchen Status sie im singapurischen Recht haben.

Listungen mit Bezug zu Singapur

Amerikanische Listungen haben Singapur wiederholt als Herkunfts- oder Transitort in Umgehungsnetzwerken benannt. Mit ihrem Paket vom 30. Oktober 2024, das 275 Personen und Einheiten in 17 Rechtsordnungen sanktionierte, listete das Finanzministerium ein Unternehmen aus Hongkong und Shenzhen. Es hatte daran gearbeitet, Anlagen zur Halbleiterfertigung aus Singapur für gelistete russische Mikroelektronikhersteller zu beschaffen. Gelistet wurde auch ein chinesisches Unternehmen, das Maschinen zur Halbleiterfertigung aus Singapur und Taiwan für ähnliche Endabnehmer beschaffte.[5] Solche Fälle erheben keinen Vorwurf gegen Singapur selbst. Sie zeigen, wie in Singapur rechtmäßig verkaufte Waren über Intermediäre andernorts zu verbotenen Nutzern gelangen können. Singapurischen Exporteuren erwächst daraus die Last einer sorgfältigen Endverwendungsprüfung.

Der Ölhandel war das zweite Ziel. Am 10. Januar 2025 listete das Finanzministerium Gazprom Neft und Surgutneftegas samt ihren Tochtergesellschaften, 183 Schiffe und neun Händler russischen Öls, die meisten davon mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Hongkong. Zudem verbot es ab dem 27. Februar 2025 die Erbringung amerikanischer Erdöldienstleistungen für Personen in Russland.[6] Der Sitz der gelisteten Händler ist aufschlussreich. Seit 2022 hat sich der Handel mit russischem Öl in Rechtsordnungen verlagert, deren Behörden keine westlichen Sanktionen anwenden, wobei vor allem Dubai gewann, was Genf verlor. Singapurs große Ölhändler sind auf westliche Banken und Versicherer angewiesen. Das gibt ihnen gute Gründe, sich von diesem Handel fernzuhalten.

Europäische und britische Maßnahmen

Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich beanspruchen keine sekundäre Zuständigkeit nach amerikanischem Muster. Ihre Maßnahmen erreichen Singapur dennoch auf drei Wegen. Sie binden die singapurischen

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften europäischer und britischer Banken, Versicherer und Händler über die Staatszugehörigkeit ihrer Muttergesellschaften. Sie verbieten europäischen und britischen Personen, Dienstleistungen für Transaktionen zu erbringen, die die Verordnungen erfassen, darunter Transport, Versicherung und Finanzierung russischen Öls, das über der Preisobergrenze verkauft wird. Nach dem zwölften Paket vom Dezember 2023 müssen europäische Exporteure zudem seit März 2024 in Verträge über den Verkauf sensibler Güter an Drittstaaten eine Klausel „no re-export to Russia“ aufnehmen.[7] Ein singapurischer Händler, der europäische Elektronikbauteile kauft, unterzeichnet daher einen Vertrag, der ein europäisches Verbot in sein eigenes Geschäft überträgt.

Die europäischen Pakete haben auch Einheiten in Drittstaaten unmittelbar erreicht. Der Genfer Band verzeichnet das zwanzigste Paket, das der Schweizer Bundesrat am 19. August 2026 umsetzte. Es enthielt die erste Aktivierung des europäischen Instruments gegen Umgehung, gerichtet gegen Ausfuhren sensibler Güter nach Kirgisistan, und ein Verbot der Nutzung russischer Plattformen für Kryptowerte.[8] Für Singapur lehren diese Pakete, dass die Europäische Union zunehmend die Handelswege überwacht, die durch Drittstaaten führen. Ein Handelsplatz, der seinen Zugang zu europäischen Banken und Märkten behalten will, muss zeigen, dass er nicht als einer dieser Wege dient.

Verträge und Streitigkeiten

Sanktionen prägen auch das private Handelsrecht. Verträge nach englischem oder singapurischem Recht, die das Rohstoffgeschäft der Stadt beherrschen, enthalten zunehmend Sanktionsklauseln. Sie erlauben einer Partei, die Leistung auszusetzen oder den Vertrag zu beenden, wenn die Leistung sie Sanktionen aussetzen würde. Fehlt eine solche Klausel, greifen die Parteien auf Force-Majeure-Klauseln und die Lehre von der Frustration (Wegfall der Geschäftsgrundlage) zurück. Der Supreme Court des Vereinigten Königreichs entschied 2024 in *RTI Ltd v MUR Shipping BV*, dass eine Partei, die sich wegen amerikanischer Sanktionen auf höhere Gewalt beruft, nicht verpflichtet war, Zahlung in Euro statt der vertraglich vereinbarten Dollar anzunehmen.[9] Singapurische Gerichte messen englischen Entscheidungen

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

dieser Art hohe Überzeugungskraft bei. Das Urteil dürfte daher die vielen Sanktionsstreitigkeiten leiten, die vor die in den Kapiteln F.II und F.III untersuchten Gerichte und Schiedsgerichte gelangen.

Anmerkungen

1. Singapore Customs, „Sanctioned Lists and Red Flags“, customs.gov.sg (abgerufen im November 2026): Singapur setzt keine einseitigen Sanktionen anderer Länder durch, während „parties in Singapore may be affected by unilateral sanctions imposed by other countries“; Unternehmen müssen das innerstaatliche Recht Singapurs und die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats einhalten. ↩
2. Ministry of Foreign Affairs, „MFA Spokesman’s comments in response to media queries on the latest US press statement of 11 June 2012“, 12. Juni 2012, mfa.gov.sg: konstruktive Gespräche mit den Vereinigten Staaten über eine Ausnahme nach Section 1245(d)(1) des National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2012; „Singapore enforces only UN Security Council sanctions“; die MAS forderte die Finanzinstitute auf, „monitor more closely Iran-related business transactions“; auf Iran entfiel in den vorangegangenen zwei Jahren etwa 1 Prozent der singapurischen Rohöleinfuhren. ↩
3. Legal 500 (Mondaq), „What should Singapore businesses look out for when the US re-introduces sanctions on Iran“, 14. August 2018: „In general, Singapore does not enforce unilateral sanctions adopted by other countries, such as the US“; Tranchen vom 6. August und 4. November 2018; „Singapore companies could be hit by the extra-territorial application of the US sanctions“; Banken können Iran-bezogene Handelsfinanzierungen ablehnen, auch wenn diese in Singapur rechtmäßig sind. ↩
4. US Department of the Treasury, „Statement from Secretary Yellen on President Biden’s Executive Order Taking Additional Steps With Respect to Russia’s Harmful Activities“, Pressemitteilung JY2011, 22. Dezember 2023: Die Anordnung „authorizes the imposition of U.S. sanctions on foreign financial institutions“ wegen „facilitating significant transactions or providing

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

services involving Russia's military-industrial base"; OFAC, Recent Actions, 22. Dezember 2023, mit einem Compliance-Hinweis für ausländische Finanzinstitute. ↩

5. US Department of the Treasury, Pressemitteilung JY2700, 30. Oktober 2024: Das Finanzministerium „sanctioned 275 individuals and entities" in Netzwerken „across 17 jurisdictions"; Ablefast Logistics Shenzhen Limited „worked on procuring Singapore-origin semiconductor manufacturing equipment" für gelistete russische Mikroelektronikhersteller; Nanchang Kudos Import and Export Company Limited arbeitete an der Beschaffung von „Singapore- and Taiwan-origin semiconductor manufacturing machines". ↩
6. US Department of the Treasury, Pressemitteilung JY2777, 10. Januar 2025: Listung von Gazprom Neft und Surgutneftegas und ihren Tochtergesellschaften, 183 Schiffen und neun Händlern russischen Öls (Annex 3, überwiegend mit Sitz in den VAE und Hongkong); Verbot der „provision of U.S. petroleum services to persons located in the Russian Federation" ab 0:01 Uhr EST am 27. Februar 2025. ↩
7. Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vom 18. Dezember 2023, Art. 1 Nr. 28, mit der Artikel 12g in die Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates eingefügt wurde: Beim Verkauf, bei der Lieferung, Verbringung oder Ausfuhr der Güter in den Anhängen XI, XX und XXXV, der gemeinsamen vorrangigen Güter in Anhang XL sowie der in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 258/2012 aufgeführten Feuerwaffen und Munition in ein Drittland müssen Ausführer die Wiederausfuhr nach Russland vertraglich untersagen; anwendbar ab dem 20. März 2024, mit einer Übergangsfrist bis zum 20. Dezember 2024 für vor dem 19. Dezember 2023 geschlossene Verträge. ↩
8. Ressos, *Genève, place financière internationale*, Teil H, Kapitel III, zum zwanzigsten Paket, unter Berufung auf Secrétariat d'État à l'économie, „Ukraine : le Conseil fédéral met en œuvre le 20e paquet de sanctions conformément à la pratique établie", seco.admin.ch, 19. August 2026. ↩
9. Ressos, *Genève, place financière internationale*, Teil H, Kapitel III, zu *RTI Ltd v MUR Shipping BV* [2024] UKSC 18, 15. Mai 2024: Der Vorbehalt

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

angemessener Bemühungen (reasonable endeavours) in einer Force-Majeure-Klausel verpflichtete die betroffene Partei nicht, eine nicht vertragsgemäße Leistung in Form einer Zahlung in Euro statt der vereinbarten Dollar anzunehmen. ↩

Disclaimer

This article is provided for general information only. It is based on publicly available sources as at its date of publication. These sources have not been independently verified against licences, regulatory registers or the records of the entities concerned. It is not legal, tax, financial or investment advice. Nor is it a recommendation to invest in, transact with or use the services of any entity mentioned. Law and regulation change frequently, so the content may be incomplete or outdated. To the fullest extent permitted by law, Dr Alexander Ressos and the publisher of SingaporeIQ exclude all liability for loss or damage arising from the use of or reliance on this article. Readers should obtain advice on their specific circumstances before acting or refraining from action.

Names and trademarks of the entities discussed belong to their owners and are used for identification only. Their mention implies no endorsement, affiliation or allegation of wrongdoing. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. Corrections and updates: contact@ressos.com.

© 2026 Dr Alexander Ressos. This article may be quoted with attribution to SingaporeIQ (SingaporeIQ.com). Reproduction in full and any commercial use require prior written consent. The Legal Terms at https://singaporeiq.com/legal-terms apply.

Author contact: Dr Alexander Ressos, TEP · contact@ressos.com